



Solothurn, der 1. Mai 2009

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn (GbS) fasst die JA-Parole zur Abstimmung vom 17. Mai „Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien“

Am 17. Mai stimmt das Solothurner Stimmvolk über die Änderung des Sozialgesetzes ab. Die Ergänzungsleistungen für Familien sollen Familienarmut verringern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wie der GbS am 1. Mai 2009 anlässlich einer Medienkonferenz mitteilte.

In der Krise der 90iger Jahre breitete sich die Arbeit auf Abruf rasant aus. Immer mehr Lohnabhängige haben keine festen Arbeitspensen mehr, keine regelmässigen monatlichen Einkommen und keine voraussehbare Arbeitszeiten. Viele Arbeitsverhältnisse sind in der Folge von Arbeit auf Abruf prekär geworden:

- Zum Beispiel die Verkäuferin: Oft werden die Einsatzpläne so spät erstellt, dass sie bis am Vortag nicht weiss, ob sie morgen eingesetzt wird. Sie hat keine oder nur eine sehr geringe Anzahl garantierte Arbeitsstunden. Wird sie arbeitslos, bleibt deshalb ein Taggeld, das keine Existenz mehr sichert.
- Oder der Sicherheitsmann, der bis zu einem Pensum von 80% im Stundenlohn beschäftigt ist. Seine Arbeitszeiten und sein Monatsgehalt schwanken massiv.

Wie im Beispiel der Verkäuferin aufgezeigt, kommt gerade für viele Frauen ein weiterer Aspekt hinzu: oft können sie wegen der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt keine andere Arbeit finden. Dies aufgrund der Tatsache, dass viele neben ihrer beruflichen Tätigkeit die Kinderbetreuung sicherstellen müssen. Sie sind schlicht auf dieses eine Einkommen angewiesen.

Der GbS hält fest, dass Erwerbstätigkeit nicht in jedem Falle vor Armut schützt. Auch nicht im Kanton Solothurn. Ergänzungsleistungen für Familien sind eine sozialpolitische Notwendigkeit, um den wirtschaftspolitischen Flexibilisierungsdrang der Privatwirtschaft und der damit einhergehenden Prekarisierung der Arbeitsbedingungen abzumildern.

Der Kanton Solothurn kann und soll sich diese Ergänzungsleistungen für Familien leisten, zumal er direkt von dieser auch profitieren wird. Die zusätzlichen Ausgaben werden direkt in den Konsum zurückfliessen und die Binnenwirtschaft stützen. Die Gemeinden werden durch diese Vorlage entlastet. Die Einsparungen können in die Infrastruktur investiert und damit Arbeitsplätze geschaffen oder zumindest geschützt werden.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Claudio Marrari, Sekretär Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, gerne zur Verfügung: 079 412 56 12